Inhalt

Erster Teil: Einführung in das Problem ... 9

Erster Abschnitt: Das Bild in den Medien ... 9

Zweiter Abschnitt: Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ... 11
A. Systematik ... 11
B. Einschränkungen ... 13
C. Ambivalenzen ... 13
D. Indifferente Pointierungen ... 14

Dritter Abschnitt: Die Aufgabe – Kompensierende Aufklärung ... 14

Vierter Abschnitt: Die Sachverhalte ... 15
A. Direkte Finanzierungen ... 15
B. Indirekte Finanzierungen ... 18

Fünfter Abschnitt: Gesundheitsökonomie und Strafrecht ... 19
A. Die gesundheitspolitische Situation ... 19
B. Der „Sitz des Problems" ... 23

Zweiter Teil: Die strafrechtliche Würdigung nach der lex praeterita ... 26

Erster Abschnitt: §§ 331ff StGB ... 26
A. §§ 331, 333 StGB ... 27
I. Überblick ... 28
1. Die zentralen Merkmale des Tatbestandes und die ersten aus den Sachverhalten sich ergebenden möglichen Anhaltspunkte ... 28
2. Das geschützte Rechtsgut ... 28
3. Differenzierung nach Sachverhaltsgruppen ... 28
II. Prüfung im einzelnen ... 29
1. Objektiver Tatbestand ... 29
a) Amtsträger ... 29
b) Diensthandlung ... 34
c) Vorteil ... 35
aa) Rechtlich verbindlicher Austausch ... 36
(1) § 134 BGB ... 42
(a) Anwendbarkeit auf die vorliegenden Fälle ... 42
(b) Verbotsverstoß und Sanktion ... 43
(c) Die in Frage kommenden Verbote – Überblick ... 44
(d) Die Verflechtung dieser Verbote in „Markt und Staat" ... 44
(e) Die einzelnen Verbote ... 53

(aa) Gesetzliche Vorgaben für Medizinprodukte-Überprüfungen ... 53
(bb) Beamtenrecht, Hochschulrecht, Drittmittelrecht ... 53
(cc) Vergaberecht ... 59
(dd) Haushaltsrecht ... 61
(ee) Zugabeverordnung und Rabattgesetz ... 62
(ff) Heilmittelwerbegesetz ... 64
(gg) Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb ... 65
(hh) Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ... 65
(ii) Strafrecht ... 67
(f) Ergebnis: Keine Nichtigkeit der Vereinbarungen gemäß § 134 BGB ... 67
(2) § 138 BGB ... 67
(a) Generelle Kriterien ... 67
(b) Standesrecht ... 68
bb) Sozialadäquanz der Zuwendungen (= generell kein Vorteil) ... 70
cc) Sozialadäquanz der Kooperation (= keine Unrechtsvereinbarung) ... 70
dd) Sozialadäquanz als Genehmigungskriterium ... 71
2. Subjektiver Tatbestand ... 71
B. §§ 332, 334 StGB ... 71

Zweiter Abschnitt: § 12 UWG ... 75

Dritter Abschnitt: §§ 263, 25, 26, 27 StGB ... 77
A. Die „Haupttat" ... 78
I. Objektiver Tatbestand ... 78
1. Täuschungshandlung ... 78
a) Ausdrückliche Vorspiegelung? ... 79
aa) „Überhöhte Preise"? ... 79
bb) Die Budget-Verhandlungen ... 79
(1) Die Kosten – allgemeines ... 80
(2) Sonderentgelte und Fallpauschalen ... 82
b) Konkludente Vorspiegelung ... 83
aa) Kein Anspruch der Krankenhäuser auf Finanzierung nicht pflegesatzfähiger Kosten für Forschung und Weiterbildung ... 84
bb) Von Ausgaben für Forschung und Weiterbildung unabhängig kalkulierte Preise? ... 84
(1) Preisbildungsstrukturen ... 85
(2) Ergebnis: Kein Anspruch der Krankenkassen auf Kontrolle der Preisbildung bei den Medizinprodukte-Herstellern ... 86
c) Täuschung durch Unterlassen? ... 86
2. Irrtum? ... 87
3. Vermögensverfügung? ... 87

4. Vermögensschaden? ... 87
a) Das Budget: Expektanz versus Realisierung ... 87
b) Persönlicher Schadenseinschlag? ... 88
c) Zweckverfehlung? ... 89
II. Subjektiver Tatbestand ... 89
1. Keine Kenntnis des Zusammenhangs zwischen Forschungskosten und Preis ... 89
2. Fehlende Parallelwertung ... 90
3. Keine auf die Erlangung von rechtswidrigen Vermögenvorteilen gerichtete Absicht ... 90
III. Ergebnis: Keine Strafbarkeit der Vertreter von Krankenhäusern wegen Betruges ... 90
B. Beteiligung von für die Medizinprodukte-Hersteller tätigen Personen und Ärzten? ... 91
I. Relevantes Verhalten ... 91
II. Keine mittelbare Täterschaft ... 91
III. Keine Teilnahme ... 91

Vierter Abschnitt: §§ 266, 25, 26, 27 StGB ... 91

Dritter Teil: Die Zukunft nach der neuen lex lata ... 93

Erster Abschnitt: Die Änderungen durch die Antikorruptionsgesetze ... 93

Zweiter Abschnitt: Die zu erwartenden rechtlichen Regulierungen der Drittmittel-Finanzierungen ... 95

Vierter Teil: Zusammenfassender Überblick ... 96

Abkürzungsverzeichnis ... 99

Literatur ... 101